

Herrn Bürgermeister
Klaus Luger
Altes Rathaus
Hauptplatz 1
4041 Linz

Telefon +43 732 739444
Telefax +43 732 739444-35
E-Mail linz@gruene.at

Helge Langer
Klubobmann

09.05.2023

Antrag gem. §12 Abs. 1 StL. 1992

Vorbereitung einer Volksbefragung zur Bahnhofsautobahn

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Bürger:innenallianz „Zukunft statt Autobahn-Bau“, ein breites Bündnis aus mehr als 20 zivilgesellschaftlichen Initiativen, thematisiert den Bau der A26 („Westring“) und den damit verbundenen negativen Auswirkungen auf Gesundheit, Lebensqualität, Klima und Natur und den Widerspruch zum formulierten Ziel der Stadt, Klimastadt zu werden. Darüber hinaus stellt der finanzielle Aspekt mit aktuell knapp 40 Millionen Euro Beteiligung an dem Autobahnprojekt eine enorme Herausforderung für die Stadt Linz dar.

Um eine Alternative für dieses Projekt im Sinne einer Verkehrswende darzustellen und gleichzeitig die Linzerinnen und Linzer in einen Beteiligungsprozess zu bringen, setzt sich das Bündnis für die Einleitung einer kommunalen Volksbefragung ein. Um diese rechtzeitig vor dem Start des 2. Bauabschnittes und damit dem Bau des Westringtunnels zu ermöglichen, wurden über 10.000 Unterschriften gesammelt und am 13. März 2023 eingereicht.

Da die Einreichung nach Prüfung durch den Magistrat als unzulässig abgewiesen wurde, das Bündnis aber nicht zuletzt aufgrund unpräziser gesetzlicher Ausführungen rund um die Regelungen zur Einleitung einer Volksbefragung Beschwerde eingereicht hat, möchten wir im Sinne der Verkürzung des Verfahrens den Gemeinderat ersuchen, die weiteren Schritte zur Einleitung einer Volksbefragung im dritten Quartal 2023 zu beschließen.

Die unterzeichneten Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 12 Abs.1 StL. folgenden

Antrag

Der Gemeinderat beschließe:

„Der Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Verfassung wird ersucht, eine Beschlussvorlage zur Durchführung einer Volksbefragung nach § 68 StL. zu erarbeiten und diese dem Gemeinderat zuzuleiten. Die Fragestellung soll lauten: „Soll die Stadt Linz Zuzahlungen und Beihilfen zu Autobahnprojekten, welche auf Linzer Stadtgebiet verlaufen, einstellen und stattdessen die Mittel für eine Verkehrswende zugunsten klima- und umweltfreundlicher Mobilität einsetzen?““

Die Bedeckung anfallender Kosten soll unter Berücksichtigung möglicher Förderungen durch die Umschichtung im Rahmen des Budgets erfolgen bzw. in kommenden Voranschlägen berücksichtigt werden.

Weiters wird beantragt, diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung am 24. Mai 2023 zu setzen.

Berichterstatter



GR Helge Langer

